

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Januar 2018

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) und den [Haftungsausschluss](#) finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion, 2017-01-17

Inhalt dieser Ausgabe

- [Editorial](#)
- [Zum Jemen](#)
- [Rune Agerhus: Houthis: Terroristen oder Revolutionäre](#)
- [RP Online: Partei bestätigt Tod von Ex-Präsident Saleh](#)
- [Interview mit Jürgen Todenhöfer: "Überall sah ich halb verhungerte Kinder"](#)
- [IALANA-Tagung: Krieg und Frieden in den Medien](#)
- [Mehr Demokratie: Verfassungsgericht kippt Sperrklausel in NRW](#)
- [Mehr Demokratie: Erfolgreiches Jahr für Bürgerbegehren](#)
- [Dieter Sprock: Über Arbeit, Wirtschaft, Macht und Wirtschaftsethik](#)
- [Volker Seitz: Falsche Fassaden: Westen sollte auf Export von "Demokratie" verzichten](#)

Zitat des Monats von Albert Einstein (1948, im Buch "Frieden. Weltordnung oder Weltuntergang", S. 460):

**Der Mensch muss einsehen,
dass seine Geschicke mit denen seiner Mitmenschen
in allen Teilen der Welt eng verknüpft sind.**

Editorial

In dieser Ausgabe gibt es mehrere ausführliche Informationen zum Krieg und zur humanitären Katastrophe im Jemen, worüber man in unseren Leitmedien leider wenig liest. Hintergründe werden aufgezeigt, zum Beispiel, dass die Houthi-Regierung eine breite Unterstützung im Volk hinter sich und eine breite aggressive Front von außen gegen sich weiß. Auch Deutschland unterstützt die saudischen Angreifer und unsere Regierungssprecher winden sich – filmisch dokumentiert – höchst peinlich um Antworten herum.

Im kleinen Maßstab gibt es positive Nachrichten aus NRW: Hier wurden im November 2017 demokratischere Regeln zur Kommunalwahl im Sinne kleinerer Gruppierungen entschieden – auf Initiative von kleineren Gruppierungen. Und es gab in 2017 einen Anstieg an erfolgreichen Bürgerentscheiden gegenüber dem Vorjahr. Wahlen und Abstimmungen zeigen also einen Zuwachs an Demokratie, an Selbstbestimmung.

Die Selbstbestimmung des Menschen spielt auch im Wirtschaftsleben eine große Rolle, das nicht nur Mittel zur Bestreitung des Lebensunterhaltes ist, sondern in hohem Maße auch Sinn und Gemeinschaft stiftet und dem Leben Struktur und Bedeutung gibt. Dies wirkt sich auch auf die Sozialisierung der Kinder aus. Damit die Wirtschaft dem Menschen dient, sind die Strukturen entsprechend zu gestalten.

Auch im Umgang mit den Entwicklungsländern ist die Ethik im Wirtschaftsleben von großer Bedeutung. Darüber in großem Maßstab zu diskutieren, regt der Beitrag über das Thema Entwicklungshilfe und Demokratie in Afrika an. Ein langjährig erfahrener Experte weist auf die Ineffektivität üblicher Entwicklungshilfe vor den historischen und kulturellen Hintergründen dieses Kontinents hin. Demokratie im Sinne der europäischen Geschichte ist kein Exportartikel. Wer helfen will, muss diese Kulturen kennen lernen und daraus richtige, aber nicht unbedingt einfache Schlüsse ziehen.

[Inhalt](#) ↑

• Zur Situation im Jemen

Trotz der Hungerblockade Saudi-Arabiens gegen den Jemen [setzt Berlin die Aufrüstung der saudischen Küstenwache fort](#). Anfang November ist ein Frachtschiff mit zwei für Saudi-Arabien bestimmten Patrouillenbooten aus der Ostsee in Richtung Rotes Meer aufgebrochen. Die saudische Küstenwache operiert u.a. in jemenitischen Gewässern, um seit 2015 den Transport von Nahrungsmitteln, Treibstoff und Medikamenten in den Jemen zu verhindern. Dabei blockiert Saudi-Arabien auch Schiffe mit humanitären Hilfslieferungen und Frachtschiffe, die von der UNO auf etwaigen Waffenschmuggel überprüft und für unbedenklich erklärt worden sind. Die Schikanen treffen sogar von der UNO kontrollierte Schiffe, die Medizin transportieren, aber monatelang aufgehalten werden, bis ein beträchtlicher Teil der Medikamente das Verfallsdatum überschritten hat. Die von Riad womöglich auch unter Nutzung deutscher Patrouillenboote herbeigeführte Hungersnot und fehlende medizinische Hilfe gegen die Cholera kann laut Einschätzung der UNO Millionen Menschen das Leben kosten.

Die seit der Invasion im Jahr 2015 bestehende Blockade des Jemen durch die saudi-arabische Marine hat humanitäre Transporte oft wenigstens nominell erlaubt. Im Oktober 2017 wurde die Blockade jedoch drastisch verschärft, und selbst [lebenswichtige Medikamente und Lebensmittel können kaum importiert werden](#). Ärzte in der jemenitischen Hauptstadt Sanaa berichten, dass viele der wichtigsten Medikamente einfach aufgebraucht worden sind. Die Ärzte sind sich darin einig, dass viele Hunderte von Jemeniten innerhalb der nächsten Woche tot sein werden, nur weil

sie keinen Zugang zu Medikamenten haben. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass die Saudis etwas dagegen unternehmen wollen. Hilfsorganisationen warnen, dass der Jemen Anfang November 2017 nur noch über Nahrungsmittelreserven für etwa sechs Wochen verfügte, und dass die seit langem drohende Hungersnot einsetzen könnte. Sie warnen, dass bis zu sieben Millionen Menschen dem Hungertod ausgesetzt sein werden, wenn keine Nahrungsmittellieferungen erfolgen, nachdem die für sechs Wochen reichenden Vorräte aufgebraucht sind.

Die [Bundesregierung leugnet, dass Saudi-Arabien überhaupt Krieg im Jemen führt](#). Laut Auswärtiges Amt handele es sich im Jemen um einen "inner-jemenitischen Konflikt", wo die Saudis einer Seite Hilfe leisten. Real führen die Saudis die arabische Koalition an, die den Jemen seit 2015 in Schutt und Asche bombardiert. Dazu bekommt die Koalition Unterstützung von den USA und Großbritannien. Selbst die vom Kanzleramt finanzierte 'Stiftung Wissenschaft und Politik' (SWP) weiß es besser, was Saudi-Arabien im Jemen treibt. (Video, 2m28)

Peter König stellt die Vorgänge auch in den [Zusammenhang mit den hegemonialen Zielen der USA](#). Über die dort bereitgestellte Karte wird die strategisch wichtige Lage des Jemen im Hinblick auf den Seeweg durch den Suezkanal deutlich.

[Inhalt](#) ↑

- Rune Agerhus: **Houthis: Terroristen oder Revolutionäre**

Agerhus gibt [eine Gegendarstellung zum westlichen Bild der Houthis](#).

Seit der von den Houthis geführten Machtübernahme im Jemen im Jahr 2014 hat die westliche Welt bewusst versucht, die Bewegung entweder als "vom Iran unterstützte Gruppe" oder als "Rebellenmiliz" darzustellen. Beide Behauptungen sind nach Rune Agerhus falsch. Die Bewegung wurde in den 1990er Jahren von Sayyed Hussain Badreddin al-Houthi gegründet, um auf die Korruption in der Regierung und die exzessive Gewalt in den nordjemenitischen Regionen aufmerksam zu machen.

Sayyed Hussain arbeitete als Parlamentsabgeordneter gegen den ehemaligen Diktator Saleh, der behauptete, dass Hussain vom Iran unterstützt werde und ein Aufrührer sei. Nach Hussains Hinrichtung übernahm sein Bruder Sayyed Abdel Malek die Position von Hussain. Saleh startete allein zwischen 2004 und 2009 sechs von den USA und Saudi-Arabien unterstützte Militäroffensiven gegen die Bewegung, die sich für bessere Gesundheitsversorgung und Infrastruktur verdient machte.

Die Houthis waren gegen den aus Saudi-Arabien kommenden religiösen Extremismus, der sich wegen der schwachen Regierung des Präsidenten Mansour Hadi ausbreiten konnte. Zudem bekam die Islah-Partei immer mehr politischen Einfluss. Dadurch identifizierte sich die Bevölkerung immer stärker mit den Houthis. Als sich die Unzufriedenheit während der Revolution vom 21.09.2014 zuspitzte, übernahmen die Houthis die Kontrolle über die Regierung.

Das führte zum Krieg von Saudi-Arabien gegen den von den Houthis regierten Jemen. Daher wird der Krieg um die Selbstbestimmung und nicht in Stellvertretung ausländischer Mächte geführt. Die Bewegung der Houthis steht nach Agerhus für die nationale Befreiung und ist tief in den Herzen und Seelen der Menschen verankert.

Rune Agerhus ist ein dänischer Medienaktivist und Direktor des Ansarullah Information Centers sowie ein auf den Nahen Osten spezialisierter politischer Analyst mit Schwerpunkt auf dem Konflikt im Jemen.

[Inhalt](#) ↑

- RP Online: **Partei bestätigt Tod von Ex-Präsident Saleh**

Anfang Dezember ist der [Ex-Präsident Saleh bei Kämpfen in der Hauptstadt Sanaa getötet](#) worden. Saleh hatte sich mit den ursprünglich von ihm bekämpften Houthis gegen die Regierung Hadi gestellt und diese 2014 vertrieben. Das Verhältnis zwischen Saleh und den Houthis blieb aber spannungsgeladen, was sich in den Anfang Dezember 2017 ausgebrochenen Kämpfen offenbarte, nachdem Saleh Gespräche mit dem vertriebenen und von Saudi-Arabien gestützten Präsidenten Hadi anstrebte.

[RP Online](#), Online-Portal der mittelständischen 'Rheinischen Post'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Interview mit Jürgen Todenhöfer: **“Überall sah ich halb verhungerte Kinder“**

Todenhöfer hat den Jemen besucht, nachdem er sich ein Jahr lang vorbereitet hatte. Als er gerade im südlich gelegenen Aden war, wurde im Norden der frühere Präsident Saleh ermordet. Daher wurde seine Fahrt in das im Norden gelegene Einflussgebiet der Huthi-Rebellen abenteuerlich.

Das Land war 50 Jahre lang Hinterhof Saudi-Arabiens. Mit dem Arabischen Frühling erhob sich die Bevölkerung gegen den seit 33 Jahren herrschenden pro-saudischen Präsidenten Saleh. Es wurde sein Stellvertreter Hadi gewählt. Als sich nichts änderte, wurde Hadi vor zweieinhalb Jahren von den Huthi-Rebellen zur Flucht gezwungen. Er regiert den Süden jetzt von Saudi-Arabien aus. Saudi-Arabien hat eine vom Westen unterstützte Militärallianz beschlossen, um die Huthi-Revolution durch Bombenangriffe niederzuschlagen. Ohne Erfolg.

Derzeit steht der Süden unter der strengen Kontrolle der Vereinigten Arabischen Emirate. Er kämpft gegen den Norden, wo Saudi-Arabien militärische Ziele bombardiert. Der Norden ist einer Blockade durch die Militärallianz unterworfen, wodurch die Armut zu einer humanitären Katastrophe wird. Letztlich ist das nach Todenhöfer ein komplizierter Stellvertreter-Krieg. Es ist kein Religionskrieg zwischen Sunniten und Schiiten, denn 20% der Huthis sind selbst Sunniten.

Die Huthis können aufgrund der Blockade vom Iran nur begrenzt unterstützt werden. Viele Waffen, vor allem die von den Huthis eingesetzten Raketen stammen ursprünglich aus dem Fundus, den Saleh dank der allseitigen Waffenlieferungen angelegt hat. Sollte eine der von den Huthis auf Mittelstrecken umfunktionierten Raketen ein wichtiges Ziel in Saudi-Arabien treffen, kann es zu einer noch schlimmeren Eskalation kommen.

[Im Norden wie im Süden gibt es schwerste Zerstörungen](#). Die Wirtschaft ist zusammengebrochen. Doch nur im Norden, wo unter der Huthi-Regierung bis zu 70% der Jemeniten leben, ist es zu Epidemien und schwerer Hungersnot gekommen. Dass im 2'200 Meter hoch gelegenen Sanaa die Temperaturen seit Dezember nachts auf null zurückgehen, hat wenigstens die Ausbreitung der Cholera gebremst. Der Krieg trifft vor allem Kinder.

“Wir sollten uns dafür einsetzen, dass die Bombardements aufhören und die Blockade des Nord-Jemen aufgehoben wird. Ich bekomme jetzt noch Gänsehaut, wenn ich an den Jemen denke. Man steht in einem Krankenhaus und es kommen ständig Menschen mit halb verhungerten Babys. Man sieht die Hoffnung in den Augen der Mütter und weiß doch, dass Hilfe zu spät kommt. Ohne die Waffenlieferungen des Westens und seine logistische Unterstützung wäre dieser Krieg nicht möglich.“ – Im Jemen halten selbst Kämpfer einen nationalen Dialog für möglich.

Jürgen Todenhöfer hatte bereits als er noch in Sanaa war, [ein Interview mit dem DLF geführt](#).

[Jürgen Todenhöfer](#), Jg. 1940, ist promovierter Jurist, Publizist und ehemaliger Medienmanager. Er war 1972 bis 1990 Bundestagsabgeordneter der CDU. Er unterstützte den von den USA geförderten Guerillakrieg gegen die sowjetische Intervention in Afghanistan. Ab etwa 2001 profilierte sich Todenhöfer als Kritiker der US-Interventionen in Afghanistan und im Irak. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• IALANA-Tagung: Krieg und Frieden in den Medien

Vom 26. bis 28.01.2018 findet in der CROSS jugendkulturkirche kassel (Lutherplatz 9, 34117 Kassel) die Tagung "[Krieg und Frieden in den Medien](#)" statt. Diese wird veranstaltet von IALANA mit Unterstützung von IPPNW, IPB, Wissenschaft & Frieden, VDJ sowie von dem Zentrum Oekumene der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und von der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck.

Ziele: Medienkritik gibt es seit langem. Mit der Berichterstattung über den Ukraine-Konflikt hat sie drastisch zugenommen. Vor allem in den Sozialen Medien, der sogenannten '5. Gewalt', finden sich immer interessantere und tiefergehende Untersuchungen. Dazu kommt das Kabarett: Gutes Kabarett war schon immer politisch. Aber Max Uthoff und Claus von Wagner haben 'Friedenskabarett' erfunden; eine neue Form von Pädagogik. Das will die Tagung präsentieren. Aber vor allem sollen die medienkritischen Wissenschaftler und Journalisten zu Wort kommen: Kann man ein Leitbild 'Friedensjournalismus', der Wahrheit verpflichtete und deeskalierende Berichterstattung etablieren?

Mit diesem Ziel wendet sich die Tagung an JournalistInnen, besonders auch an den journalistischen Nachwuchs, und an die Friedensbewegung.

[IALANA](#) wurde 1988 als internationale Juristen-Initiative gegen Atomwaffen gegründet. 1989 folgte die Gründung der deutschen Sektion. Der Aufgabenbereich wurde später erweitert auf biologische und chemische Waffen und um die gewaltfreie Friedensgestaltung, die an die UN-Charta und das Friedensgebot des Grundgesetzes anknüpft. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Mehr Demokratie: Verfassungsgericht kippt Sperrklausel in NRW

Der NRW-Verfassungsgerichtshof hat am 21.11.2017 die im Jahr 2016 von SPD, CDU und Grünen im Landtag beschlossene [Sperrklausel bei Kommunalwahlen für verfassungswidrig](#) erklärt. Linke, Piratenpartei, ÖDP, Tierschutzpartei, "Die Partei", Freie Bürger-Initiative/Freie Wähler, Pro NRW und NPD hatten beim Verfassungsgerichtshof des Landes Klagen gegen die neue Sperrklausel eingereicht.

Für die Wahlen der Gemeinderäte und Kreistage sei eine Ungleichbehandlung von Parteien und Wählergemeinschaften durch eine Sperrklausel nicht gerechtfertigt, urteilten die Richter. Nach geltender Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts muss der Landtag zur Rechtfertigung einer Sperrklausel eine konkrete Gefährdung der Funktionsfähigkeit der Räte und Kreistage nachweisen. Dass die 2,5-Prozent-Sperrklausel zur Sicherung der Funktionsfähigkeit der Gemeinderäte und Kreistage erforderlich ist, sei weder im Gesetzgebungsverfahren noch im Rahmen der Organstreitverfahren in der gebotenen Weise deutlich gemacht worden.

[Mehr Demokratie e.V.](#), weltweit größte, überparteiliche und gemeinnützige Nichtregierungsorganisation, tritt dafür ein, dass Bürger das Recht wahrnehmen können, wichtige Fragen selbst zu entscheiden, wenn sie das wollen – in Gemeinden, in den Bundesländern, auf Bundesebene und in der EU. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Mehr Demokratie: Erfolgreiches Jahr für Bürgerbegehren

Das Jahr 2017 war erfolgreich für Bürgerbegehren in NRW. Von 24 abgeschlossenen Initiativen konnten zwölf Erfolge verbuchen. Im Vorjahr waren von 25 abgeschlossenen Begehren nur fünf erfolgreich. Gegenüber dem Vorjahr war dies also zwar kein Anstieg von Initiativen, dafür aber einer von erfolgreichen Ergebnissen. In 30 Gemeinden in Nordrhein-Westfalen hat es Initiativen gegeben, die zum Teil aber nicht bis zum Bürgerentscheid gekommen sind; die Einzelheiten sind

bei [Mehr Demokratie](#) nachzulesen. Dabei wurde auch die Erfahrung gemacht, dass einige Initiativen an Formfehlern gescheitert sind, allerdings weniger als im Vorjahr, sodass auch dies als "Lernerfolg" gewertet werden kann.

[Inhalt](#) ↑

- Dieter Sprock: **Über Arbeit, Wirtschaft, Macht und Wirtschaftsethik**

Der [Wirtschaftsethiker misst Wirtschaft an ihrer "Lebensdienlichkeit"](#); sie hat dem Menschen zu dienen und nicht umgekehrt der Mensch der Wirtschaft.

Es genügt nicht, wenn die Wirtschaft allein die Güter und Dienste produziert, die für eine menschenwürdige Existenz notwendig sind – obwohl das vor allem bei Mangel natürlich den Vorrang hat –, sondern sie soll das auch in einer Weise tun, die "jedem Willigen" ermöglicht, in der Arbeitswelt den Status einer "mitbeteiligten, mitbestimmenden und insofern auch mitverantwortlichen Person" einzunehmen. Arbeit ist nicht nur "Mittel zur Bestreitung des Lebensunterhalts", sondern in hohem Masse auch Sinn und Gemeinschaft stiftend. Sie gibt dem Leben Struktur und Bedeutung.

Tätig sein gehört zum Menschen. Schon kleine Kinder wollen arbeiten, wenn sie den Beruf des Vaters oder der Mutter spielen. Und für Menschen, die ihre Arbeit verlieren, wiegt der Verlust an Bedeutung und sozialem Kontakt oft schwerer als die finanzielle Einbuße.

Dafür und für die Kooperation mit den Entwicklungsländern ist die wirtschaftliche Macht mit dem Ziel ihrer Kontrollier- und Beherrschbarkeit zu begrenzen. Bei der Schaffung von menschengerechten Ordnungsstrukturen geht es nicht darum, die Vision einer absolut gerechten Wirtschaftsordnung zu kultivieren und dabei alle real wirklichen oder real möglichen Ordnungsformen in Frage zu stellen, sondern darum, die ökonomischen Sachnotwendigkeiten zu berücksichtigen und die Wirtschaft dabei so menschengerecht wie möglich zu gestalten.

Der Autor folgt bei seinen Ausführungen den Überlegungen des Wirtschaftsethikers Arthur Rich, die dieser in den Büchern "Wirtschaftsethik, Bd.1, Grundlagen in theologischer Perspektive" und "Wirtschaftsethik, Bd.2, Marktwirtschaft, Planwirtschaft, Weltwirtschaft aus sozioethischer Sicht" dargelegt hat.

[Inhalt](#) ↑

- Volker Seitz: **Falsche Fassaden: Westen sollte auf Export von "Demokratie" verzichten**

Auch wenn wir Demokratie für den besten Kompromiss des Zusammenlebens halten, muss gute Staatsführung in Afrika nicht ausschließlich nach westlichen Kriterien geschehen. Wahlen finden in vielen afrikanischen Staaten in Verbindung mit autoritärer Herrschaft statt. In vielen Ländern gibt es die "Demokratie" zwar im Namen, aber nicht in der Substanz. Die meisten Länder sind von echter Gewaltenteilung weit entfernt. In der Regel beschränkt sich Teilhabe an demokratischen Entscheidungsprozessen darauf, Leitungspersonal zu wählen. Der Proporz zwischen den Ethnien ist sehr wichtig.

Den Wertekatalog und die politischen Verhältnisse des Westens können wir nicht dorthin exportieren, wo sie von den Menschen vor Ort abgelehnt werden. [Westliche Demokratien müssen nicht das einzig mögliche politische Modell für Afrika sein](#). Die großen Sprünge wirtschaftlicher Entwicklung in Ostasien sind nicht von Demokratien geleistet worden, sondern von autoritären Systemen, von Entwicklungsdiktaturen. Dieses Bild spiegelt sich z.B. in Ruanda und Äthiopien. Afrikaner haben Sehnsucht nach einem ehrlichen, durchaus autoritären Staatsmann, der Politik kraftvoll gestaltet.

Die Bevölkerung kann sich nach Erfahrungen des Autors mit einem System identifizieren, das eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Masse der Menschen zum Ziel hat, indem es

Menschenrechte achtet, eine glaubhafte Wirtschafts- und Entwicklungspolitik sowie Gemeinwohl formuliert und durchsetzt. Die Politik des Systems muss eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Masse der Menschen zum Ziele haben. Es zählen die Leistung, die Initiative, der Elan, die Kreativität, mit der sich jeder Einzelne in die Interessen des Gemeinwesens einbringen kann. Wichtig sind alltagswirksame berechenbare Normen und Stabilität.

Es macht also keinen Sinn, als Geberland anmaßend auf demokratischen Verhältnissen in Afrika zu bestehen. Afrikas politische, soziale und wirtschaftliche Probleme können niemals von außerhalb gelöst werden. Wir sollten den afrikanischen Gesellschaften überlassen, ihre eigenen politischen Systeme zu bilden. Es ist nicht unsere Aufgabe den Schwarzen Kontinent nach unserem Bild schaffen. Der Kerngedanke für uns sollte nicht Demokratie sein, sondern Menschenrechte.

Die seit über fünf Jahrzehnten übliche Art der Entwicklungshilfe bewirkt das Gegenteil von Entwicklung, wenn deren von außen vorgegebenen Bedingungen keine externe oder landesinterne Gegenkontrolle gegenübersteht. Vielmehr fördert die [unkontrollierte Verteilfunktion der Regierung direkt die Korruption](#) im Land.

[Volker Seitz](#), [Jg. 1943](#), von 1965 bis 2008 für das deutsche Auswärtige Amt tätig, zuletzt als Botschafter in Kamerun, Zentralafrikanischen Republik und Äquatorialguinea; Mitglied des "Bonner Aufrufs" zur Reform der Entwicklungshilfe und Autor des Buches "Afrika wird armregiert" (dtv, 2014). (Red.)

[Inhalt](#) ↑